

Leserbrief

Der Mundart ihren Platz im Kindergarten

Verfasser	Susanne Hänni, eMail susanne.haenni@grunliberale.ch
Datum	19. April 2011
Betrifft	Volksinitiative „Mundart im Kindergarten“

Vor einigen Jahren schreckte eine Nachricht aus Schlieren auf: Die Schulpflege hatte allen Kindergärten verordnet, dass ab sofort nur noch Hochdeutsch gesprochen werden darf. Schlieren lag damals im Trend der Zeit und es musste befürchtet werden, dass auch andere Gemeinden oder gar der ganze Kanton auf den Zug aufspringen würden. In dieser Lage formierte sich begreiflicherweise Widerstand und man beschloss, eine Initiative zu lancieren, die dem einen Riegel schob und grundsätzlich Mundart für den Kindergarten vorschrieb.

Wie Schlieren, so schießt jedoch auch die Initiative übers Ziel hinaus. Da ab der ersten Klasse in der Schule nur noch Hochdeutsch gesprochen wird, ist es sinnvoll, dass die Kinder sich zuvor an die Hochsprache gewöhnen. Inzwischen schreibt das Gesetz vor, dass im Kindergarten mindestens ein Drittel Hochdeutsch gesprochen wird, jedoch nicht mehr als zwei Drittel. Die Kindergärtnerinnen und Kindergärtner erhalten so einen grossen Spielraum und auch die Mundart wird nicht vernachlässigt. Auch Schlieren muss seinen Kindergärtnerinnen diesen Spielraum wieder zugestehen. Die gesetzliche Regelung verlangt leider etwas mehr Hochdeutsch, als der in Dübendorf bewährte eine „Hochdeutschtag“ pro Woche. Gar kein Hochdeutsch mehr zu sprechen, wäre dazu aber auch keine Alternative. Gerade in Dübendorf mit seinen zahlreichen fremdsprachigen Kindern wäre der schulische Fehlstart vorprogrammiert.

Wichtig ist, dass die Hochdeutschregelung im Gesetz nur für die Kindergartenlehrpersonen gilt und nicht für die Kinder. Die Kindergärtnerin ist also verpflichtet, während dieser Zeit Hochdeutsch zu sprechen, die Kinder dürfen antworten „wie ihne dä Schnabel gwachse isch“. In diesem Sinne ist die aktuelle Regelung die bessere Lösung und bietet mehr Spielraum, die Initiative für „Mundart im Kindergarten“ wäre ein Rückschritt. Ich werde die Initiative deshalb ablehnen.

Susanne Hänni, Schulpflegerin Grünliberale